

Schulflug zur Bundeswehr

Karriereberater der Bundeswehr werben um Schüler

DORTMUND Die Max-von-der-Grün-Abendrealschule fuhr am Mittwoch ins Verteidigungsministerium. Der Schulleiter ist ein Leutnant der Reserve und Angehörige fürchten, dass ihre Kinder geworben werden sollen.



Ein Oberleutnant spricht 2014 in Baden-Württemberg vor einer Schulklasse. Foto: DPA

Als am Donnerstag im Bundestag über die Verlängerung von Bundeswehreinsätzen im Ausland debattiert wurde, waren zeitgleich zwei Busse mit Dortmunder Schülern bereits auf dem Weg nach Bonn. Gestellt worden waren die Busse vom Verteidigungsministerium. An Bord waren die 47 Schüler der Max-von-der-Grün-Realschule, sie waren um 7.50 Uhr an der Rheinischen Straße abgeholt worden, der Schulausflug hatte ein volles Programm: Zuerst ging es ins Haus der Geschichte, gute zwei Stunden hielten sich die Schüler laut Plan dort auf. Gegen 12.30 Uhr sollten die Schüler dann im Bundesministerium für Verteidigung eintreffen, nach einem gemeinsamen Mittagessen und einer Führung sollte ab 14 Uhr noch ein gemeinsamer Vortrag mit Diskussion auf dem Programm stehen. Um 15 Uhr dann sollte es wieder zurück nach Dortmund gehen.

Wer sich im Vorfeld für diese Fahrt interessierte, hatte es schwer, an Informationen zu kommen.

Mails in der Sache wurden vom Schulleiter, einem Leutnant der Reserve, freundlich, aber letztlich nichtssagend beantwortet.

Bundeswehr hat Nachwuchssorgen

Die Stadt Dortmund, wiewohl Träger der Abendrealschule, verwies auf die Zuständigkeit der Bezirksregierung Arnsberg und erst am Mittwoch, einen Tag vor der Fahrt, erreichte ein Fax aus der Schule unsere Redaktion. Einige Fragen, aber längst nicht alle, wurden darin beantwortet. Und so bleibt weiter offen: Ist es legitim, 47 junge Menschen, unter ihnen vier Minderjährige, größtenteils auf Kosten der Bundeswehr ins Verteidigungsministerium zu fahren, um ihnen dort den Dienst an der Waffe näherzubringen?

Die Bundeswehr hat seit einigen Jahren erhebliche Nachwuchssorgen, 2011 wurde die allgemeine Wehrpflicht ausgesetzt. 2014 etwa haben sogenannte „Karriereberater“ der Bundeswehr an Schulen rund 8100 Vorträge gehalten und dabei rund 140.000 Schüler erreicht. Diese Form der Personalwerbung steht seit Jahren in der Kritik.

Ob sogenannte Jugendoffiziere auch an der Abendrealschule an der Rheinischen Straße tätig waren, beantwortet der Schulleiter nicht. Wie die Angehörige eines Schülers berichtet, sei das aber bereits mehrfach vorgekommen.

Sorge vor unkritischer Auseinandersetzung

Die Frau, Verwandte eines der Schüler, hat die Sorge, dass „Minderjährige und junge Erwachsene der Bundeswehrwerbung ausgesetzt werden, ohne dass sie die Möglichkeit haben, sich damit kritisch auseinanderzusetzen“. Und noch ein Problem hat die Frau, sie sieht die Wahl der Schule kritisch. An der Abendrealschule, so ihre Argumentation, würden Schüler auf dem zweiten Bildungsweg ihren Haupt- oder Realschulabschluss nachholen, sie seien also bereits einmal im Schulsystem gescheitert. „Dieses Scheitern im Bildungssystem geht häufig mit einer Perspektivlosigkeit einher, die die Bundeswehr sich hier zunutze macht“.

Deutliche Worte findet auch Ulla Jelpke, Bundestagsabgeordnete für die Linkspartei: „Von einem Schulleiter erwarte ich, dass er seinen Schülern Wissen für das Leben und nicht Kontakte zum Sterben vermittelt.“

„Wie alle anderen Ausflüge“

Die zuständige Bezirksregierung Arnsberg erfasst solche Ausflüge nicht. „Wir behandeln diesen Ausflug wie alle anderen Ausflüge“, so ein Sprecher auf Anfrage. Nicht bekannt sei demnach, wie oft solche Fahrten zum Verteidigungsministerium in den vergangenen Jahren stattgefunden haben. Auch die Zahl der Unterrichtsbesuche der „Jugendoffiziere“ an Schulen im Zuständigkeitsbereich der Bezirksregierung Arnsberg ist demnach nicht bekannt.

Bekannt ist dem Schulleiter aber der „Beutelsbacher Konsens“ (Infokasten), dessen Einhaltung er mehrfach erwähnt. Jelpke von der Linkspartei hat einen anderen Wunsch: Jetzt sollten an der Schule auch Gespräche mit der Friedensbewegung geführt werden, damit die Schüler sich einen umfassenden Eindruck machen könnten.

*Der **Beutelsbacher Konsens** ist laut Wikipedia das Ergebnis einer Tagung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg zusammen mit Politikdidaktikern unterschiedlicher parteipolitischer oder konfessioneller Herkunft im Herbst 1976 in Beutelsbach.*

*Der Konsens legt die **Grundsätze für die politische Bildung** fest. Doch auch an diesem Konsens gibt es Kritik.*